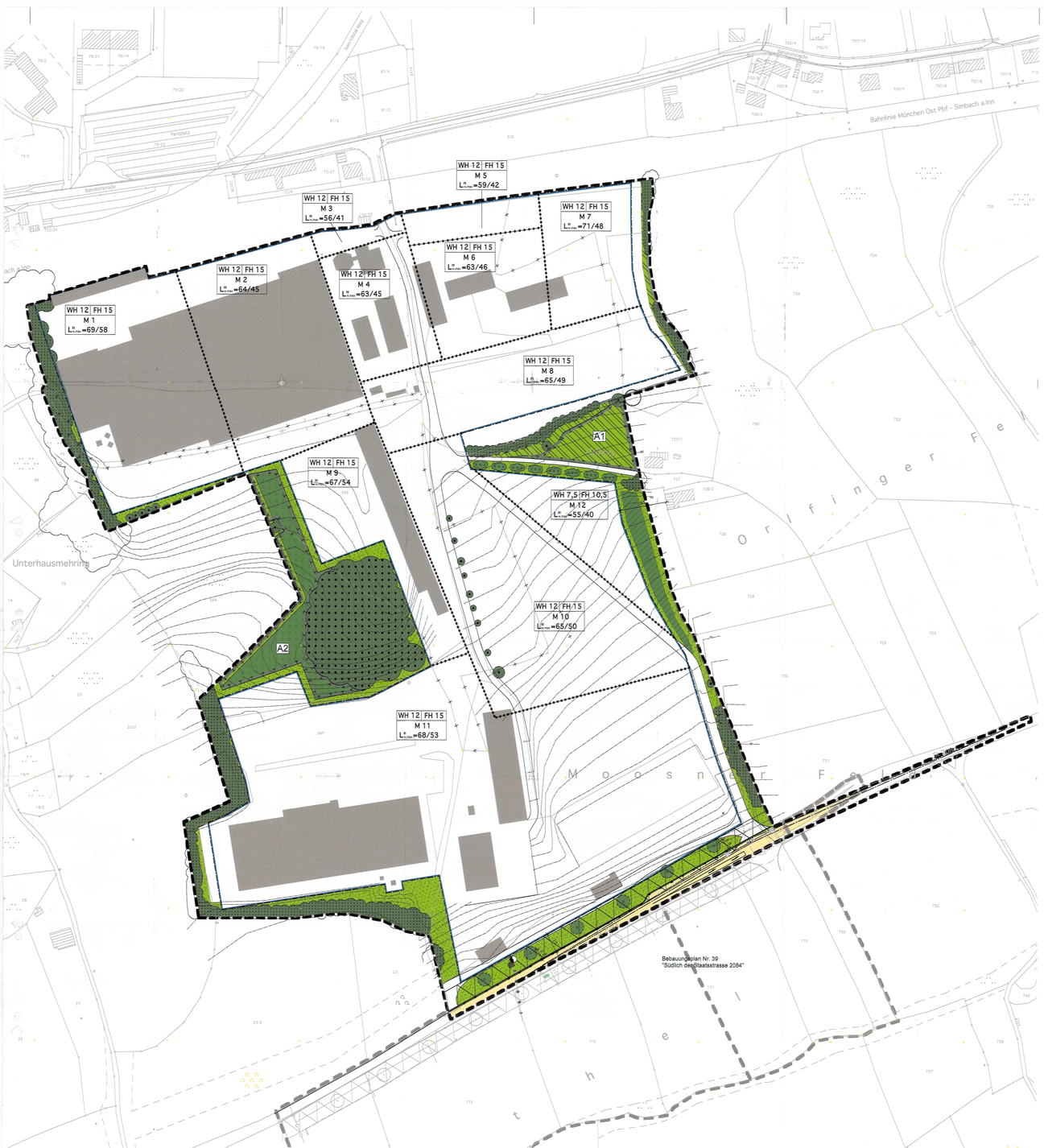


Die Stadt Dorfen erlässt aufgrund

- §§ 1 - 4 sowie § 8 ff Baugesetzbuch (BauGB)
- Art. 91 Bayerischen Bauordnung (BayBO)
- Art. 23 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO)

in der zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses gültigen Fassung diesen vom Architekturbüro E. v. Angerer in München gefertigten Bebauungsplan für das Baugebiet Nr. 30 "Gewerbegebiet Südlich der Bahnlinie"als

Satzung.

A. FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

1. Bauweise, Baugrenzen

- Baugrenze

2. Verkehrsflächen

- Öffentliche Verkehrsfläche
- Strassenbegrenzungslinie
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

4. Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
- WH 12 — max. Wandhöhe (z.B. 12 m)
- FH 15 — max. Firsthöhe (z.B. 15 m)
- Sichtdreiecke
- Abgrenzung von Flächen mit unterschiedlichen flächenbezogenen Schallleistungspegeln und Gebäudehöhen
- L''_{EK} =73/50 — maximal zulässiger immissionswirksamer flächenbezogener Schalleistungspegel; z.B. 73/50 dB (A)/qm
- 13,50 — Maßangabe in Metern (z. B. 13,50 m)
- anbaufreie Zone
- Trafostation

5. Grünordnerische Festsetzungen

- Baum Bestand, zu schützen und zu erhalten
- Wald, zu schützen und zu erhalten
- Erstaufforstung Wald
- Feldgehölz / Hecke Bestand, zu schützen und zu erhalten
- Hecke / Feldgehölz, zu pflanzen
 Pflanzung aus Bäumen und Sträuchern;
 Pflanzschema 1X1m.
 Anteil Baumarten 30%, Anteil Straucharten 70%;
 Artenliste 10.1 A+B
- Strauchhecke, zu pflanzen
 Pflanzung aus 100% Straucharten
 Pflanzschema 1X1m
 Artenliste 10.1 C
- Baumreihe entlang Staatsstraße 2084, zu pflanzen
 Art: Acer platanoides Spitz-Ahorn
 Qual.: Solitärbaum, mind. 4x.v., m.DB, StU 20-25cm
 Die Pflanzung muß erst nach einer Aufgabe der derzeitigen Nutzung als Ziegelei vervollständigt und mit dem Straßenbaumit abgestimmt werden.
- Raine, Gras-Kraut-Fluren, offene Grasflächen zu erhalten oder zu entwickeln;
 extensive Pflege: Mahd ein- bis zweischürig, erste Mahd nach Anfang Juli, keine Düngung
- Feuchtfläche / Feuchte Hochstaudenflur, mit Schilf- und Röhrichtbeständen sowie Vernässungszonen mit entsprechenden Gras und Krautfluren zu erhalten oder zu entwickeln
- Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§6 Abs.1 Nr.20 BauGB)

6. Eingriffsregelung

A1

Ausgleichfläche A 1:
Flächengröße ca. 1.980qm
(Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des §1a Abs.3 BauGB)

Nutzung als Pferdekoppel einsäen;
Entwicklung einer feuchten Wiese mit Röhrichtbestand
Sukzession durch Nutzungsverzicht.

A2

Ausgleichefläche A 2:
Flächengröße ca. 4.000qm
(Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des §1a Abs.3 BauGB)

Erstaufforstung: Flächige Pflanzung aus Bäumen und Sträuchern
Pflanzschema 1X1m
Artenliste 10.1. A und C
Waldinnenrand: 100% Baumarten
Waldmantel (3-5m): 20% Baumarten, 80% Straucharten

Mindestqualitäten:
Baumarten: Heister / Stammlöbsche, 2 x.v., 175-200 cm
Straucharten: Str, 2 x.v., 60-100 cm

Waldpflege und Nutzung nach ökologischen Gesichtspunkten;
Erstaufforstungsgenehmigung erforderlich

In den gesetzlich vorgeschriebenen Abstandsflächen zur landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Flurnummer 564 Entwicklung eines Staudensaumes:
Aufreisen der bestehenden Grassnarbe mit Grubber
Flächige Ansaat standortgerechte Mischung Staudensaum
Pflege: Periodische Mahd zur Verhinderung von Verbuschung
Mahdzeitpunkt: Frühjahr

B. HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

- Grenze benachbarter Bebauungspläne
- bestehende Grundstücksgrenzen
- aufzuhebende Grundstücksgrenzen
- private Straßen und Wege
- Flurstücksnummern
- 786/8 — bestehende Gebäude
- Gebiete unterschiedlicher Lärmkontingente
- M 1 — Höhenlinie

A3

Ausgleichfläche 3,
Ausgleichsfläche außerhalb Gemeindegebiet Dorfen
(Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich im Sinne des §1a Abs.3 BauGB)

Teilflächen der Flurnummern 789, 783
Gemarkung Lieposch, Gemeinde St.Wolfgang

Flächengröße: ca. 14.590 qm
Eigentum: Fa. Meindl GmbH & Co
Sicherung: Grundbucheintrag einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit und einer Reallast, sowie Bürgschaft



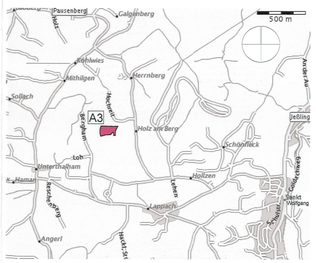
- Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§6 Abs.1 Nr.20 BauGB)
- Pflanzung Feldgehölz
 Pflanzung aus Bäumen und Sträuchern im Raster 1,5X1,5m
 Anteil Baumarten 30%, Anteil Straucharten 70%
 Mindestpflanzqualitäten:
 Bäume: Heister oder Stammbusch, 3x.v., H 175 - 200
 Sträucher: Str., 2x.v., H 60 - 100

 Baumarten:
 Carpinus betulus — Hainbuche
 Fagus sylvatica — Rot-Buche
 Fraxinus excelsior — Gewöhnliche Esche
 Prunus avium — Vogel-Kirsche
 Quercus robur — Stiel-Eiche
 Salix caprea — Sal-Weide
 Sorbus aucuparia — Eberesche
 Tilia cordata — Winter-Linde

 Straucharten:
 Cornus sanguinea — Roter Hartriegel
 Corylus avellana — Hasel
 Crataegus monogyna — Eingriffliger Weißdorn
 Ligustrum vulgare — Liguster
 Prunus spinosa — Schlehe
 Rosa arvensis — Kriech-Rose
 Rosa canina — Hunds-Rose
 Sambucus nigra — Schwarzer Holunder

 Die Pflanzung ist mit einem Wildschutzzaun vor Verbiss zu schützen.
- Pflanzung von Eichen-Solitärs und Eichen-Gruppen
 Quercus robur Stiel-Eiche
 Hochstämme oder Stammbüsche, mind. 2x.v.,
 m.B., StU 12-14cm
- Entwicklung einer artenreichen, extensiven Wiese:
 Aufreissen der bestehenden Grassnarbe mit Grubber
 Ansaat standortgerechte Mischung artenreiche Wiese mit Kräutern
 Extensive Pflege: Zweischürige Mahd, erste Mahd ab Anfang Juli,
 Abtransport des Mähgutes, keine Düngung

Lageplan Ausgleichfläche 3



C. FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

1. Art der baulichen Nutzung

Der Geltungsbereich wird als Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO festgesetzt. Wohnungen für Aufsicht- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber sind unzulässig. Gemäß §1 Abs. 10 BauNVO sind bauliche und sonstige Anlagen, die zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Ziegelei notwendig sind zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

Im Geltungsbereich wird eine höchstzulässige Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Für Garagen, Stellplätze und Lagerplätze ist eine Überschreitung der höchstzulässigen Grundflächenzahl bis 80 % zulässig (§ 19 Abs. 4 BauNVO). Der Wert von 0,8 darf jedoch dabei nicht überschritten werden.

3. Immissionsschutz

3.1 Unzulässig sind Betriebe und Anlagen, deren je Quadratmeter Grundfläche abgestrahlte Schall-Leistung den immissionswirksamen flächenbezogenen Schall-Leistungspegel, der für den jeweiligen Bereich festgesetzt wurde, überschreitet. Die Zulässigkeit ist - außer für Büronutzung und ähnliche Nutzung - durch ein entsprechendes schalltechnisches Gutachten von einer fachlich qualifizierten Stelle beim Genehmigungsantrag oder bei einer Nutzungsänderung nachzuweisen.
Das Lärmkontingent berechnet sich nach Entwurf DIN ISO 9613-2 (09/97) für das gesamte Betriebsgelände aus den je qm Baufläche festgesetzten flächenbezogenen immissionswirksamen Schall-Leistungspegeln mit einer Emissionshöhe von 1m über Boden, ohne Berücksichtigung der Innerhalb des Plangebiets befindlichen Bebauung und der theoretischen Annahme eines ebenen Geländes sowie mit Bodenreflekt nach alternativem Verfahren gemäß Abschnitt 7.3.2 Entwurf DIN 9613-2 (09/97).

3.2 Alle Einwirkungen aus dem Eisenbahnbetrieb sind entschädigungslos zu dulden. Evtl. erforderliche Lärmschutzmaßnahmen hat der jeweilige Bauherr in eigener Zuständigkeit durchzuführen. Für die Berechnung des Schienenverkehrslärms gelten die Best. der 16. und 24. BImSchV, sowie der Richtlinie Schall 03.

4. Dächer

4.1 Bei allen Gebäuden sind nur geneigte Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 15° zulässig.

4.2 Ausnahmsweise sind Flachdächer dann zulässig, wenn betriebstechnische Gründe dies erfordern. Flachdächer mit einer Größe von mehr als 200 qm müssen dauerhaft begrünt werden.

4.3 Die Breite der Gebäude, die mit einem Satteldach versehen werden, darf maximal die Hälfte der Gebäudelänge betragen. Der First muß in jedem Fall über der Längsrichtung des Gebäudes verlaufen.

5. Höhenlage der Gebäude

5.1 Die in der Planzeichnung angegebenen Werte für die Wand- und Firsthöhen gelten als Höchstgrenze.
Als Wandhöhe gilt das Maß von der OK Gelände auf der Talseite bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut (Traufvandhöhe). Die Firsthöhe bemißt sich ab OK Gelände, gemessen an der talseitigen Gebäudekante.
Ausnahmen für First- und Wandhöhe können bei betriebstechnischer Notwendigkeit zugelassen werden.

5.2 Abgrabungen und Aufschüttungen zur Einbindung der Gebäude in das Gelände sind auf das notwendige Mindestmaß zu reduzieren.
Mauern zur Abstützung des Geländes sind unzulässig. Ausnahmen können bei betriebstechnischer Notwendigkeit zugelassen werden. Die Mauern sind dann zu begrünen.

6. Äußere Gestaltung der Gebäude

6.1 An den Fassaden dürfen keine grellen oder stark reflektierenden Materialien verwendet werden.

6.2 Gebäude mit einer Fassadenlänge von mehr als 20 m müssen durch vertikale Elemente, wie z.B. Pfeiler, gegliedert werden.

7. Werbeanlagen

Bewegliche Lichtwerbung ist unzulässig.

Gegebenenfalls erforderliche Warnleuchten sind genehmigungspflichtig und in einem Einzel-Baumantragsverfahren abzuhandeln.

8. Einfriedungen

Einfriedungen sind als Maschendrahtzäune ohne Sockel mit Stützen aus Eisenprofilen geringen Querschnitts mit einer maximalen Höhe von 2,00 m zulässig. Die Einfriedungen müssen nach Osten und Westen zum Ortsrand hin mit heimischen Gehölzen in lockeren Gruppen hinterpflanzt werden.

9. Sichtdreiecke

Innerhalb der Sichtdreiecke sind Sichtbehinderungen mit einer Höhe von mehr als 80 cm über Oberkante Straßenmitte unzulässig. Eine Ausnahme bilden einzelstehende hochstämmige Bäume mit Astansatz über 2,50 m.

10. Grünordnung

10.1 Bepflanzungen

Zur Sicherstellung des Pflanzraumes ist bei Vegetationsflächen folgender Oberbodenbedarf vorzusehen:

Bäume: Baumgruben 150 x 150 x 80 cm
Pflanzflächen: Oberboden 40 cm
Rasenflächen: Oberboden 20 cm

Folgende Mindestqualitäten sind, sofern nicht anders festgelegt, einzuhalten:

Einzelbäume / Baumreihen / Alleen: Hochstämme / Stammbüsche, 3-4.v., mB, Stammumfang 16-18
Bäume in Hecken: Heister / Stammbüsche, 2x.v., mB, 175 - 200
Bäume Parkplatz: Hochstämme, Kronenansatz mind. 2,50m über Wurzelhals, 3-4x.v., mBmDB, Stammumfang 16-20cm
Sträucher: Str, 2x.v., 80-100

10.1 A Artenliste Bäume

Alnus glutinosa	Schwarz-Erle
Alnus incana	Grau-Erle
Betula pendula	Sand-Birke
Carpinus betulus	Hainbuche
Fraxinus excelsior	Gemeine Esche
Prunus sylvestris	Wald-Kirsche
Populus tremula	Zitter-Pappel
Quercus robur	Stiel-Eiche
Salix alba	Silber-Weide

10.1 B Ergänzende Artenliste Bäume

Acer platanoides	Spitz-Ahorn
Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn
Fagus sylvatica	Rot-Buche
Prunus avium	Vogel-Kirsche
Sorbus aucuparia	Vogelbeere
Sorbus aria	Mehlbeere
Tilia cordata	Winter-Linde

10.1 C Artenliste Sträucher

Cornus sanguinea	Roter Hartriegel
Corylus avellana	Hasel
Crataegus monogyna	Eingriffliger Weißdorn
Euonymus europaeus	Pfaffenhütchen
Ligustrum vulgare	Liguster
Lonicera xylosteum	Rote Heckenkirsche
Prunus padus	Trauben-Kirsche
Prunus spinosa	Schlehe
Rhamnus frangula	Gemeiner Faulbaum
Ribes nigrum	Schwarze Johannisbeere
Rosa arvensis	Feld-Rose
Rosa canina	Hunds-Rose
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Salix aurita	Ohrchen-Weide
Salix caprea	Sal-Weide
Salix cinera	Grau-Weide
Salix purpurea	Purpur-Weide
Salix viminalis	Korb-Weide
Viburnum lantana	Wolliger Schneeball
Viburnum opulus	Wasser-Schneeball

10.1 D Kletterpflanzen

Begrünung der Gebäude: Bei Neubauten sind fensterlose Flächen mit einer Breite größer 20m und einer Höhe von mind. 7m mit Kletterpflanzen der folgenden Liste zu bepflanzen, soweit dies technisch möglich ist.

Clematis vitalba	Gewöhnliche Waldrebe
Hedera helix	Gewöhnlicher Efeu
Parthenocissus tric. 'Veitchii	Japanischer Wilder Wein
Parthenocissus quinquefolia	Wilder Wein
Polygonum aubertii	Schling-Knöterich

10.2 Vegetationsbestand

Der im Plan gekennzeichnete Baum- und Vegetationsbestand ist einschließlich des Unterwuchses bei Baumaßnahmen gemäß DIN 18920, bzw. RASLP 4 zu schützen und langfristig zu erhalten.

Notwendige Pflegemaßnahmen in Feldgehölzen und Hecken dürfen vom 01. Oktober bis zum 28. Februar durchgeführt werden.
Ersatzpflanzungen bzw. ergänzende Pflanzungen sind mit den Arten der Listen unter 10.1.A und 10.1.C durchzuführen.

10.3 Verkehrsflächen

Flächen für die Feuerwehr außerhalb der Verkehrsflächen und PKW-Stellplätze sowie sind in Rasenpflaster, Rasengittersteinen oder Schotterrasen auszuführen.
Wasserundurchlässige Beläge sind nur aus zwingenden nutzungsbedingten Gründen zulässig.

Je 5 Stellplätze ist ein Baum der Artenlisten 10.1.A oder B zur Begrünung dieser Stellplätze zu pflanzen.
Ausnahme: bestehende Stellplätze

10.4 Lagerflächen

Lagerflächen sind im hängigen Gelände zusätzlich durch entsprechende Terrassierung und allseitige Sichtschutzpflanzung mit Gehölzen der Listen unter 10.1. in das Gelände einzubinden.
Die dabei entstehenden Böschungen sind mit einer Neigung flacher als 1:2 auszubilden und vollflächig mit Gehölzen der Listen unter 10.1 zu bepflanzen.
Eine Befestigung der Böschungen im Bereich von kf/11 ist nur notwendig, wenn die derzeitigen Nutzung als Ziegelei eingestellt wird.
Baulich befestigte Böschungen (z.B. Mauern, Lößwine) sind nicht zugelassen.
Maximalgrößen: maximal 6.500 qm zusammenhängende versiegelte Fläche

10.5 Grünflächen

Wird die Gesamtfläche oder werden Teilflächen einer andern gewerblichen Nutzung als der derzeitigen Nutzung als Ziegelei zugeführt, gilt:
Pro 300qm Grundstücksfläche ist ein Laubbaum gemäß Artenlisten 10.1. A und B zu pflanzen.
Eine Durchgrünung der Parzellen in Ost-West-Richtung ist zu gewährleisten.
Für die Ausgestaltung von Terrassierungen gilt entsprechend 10.4.

10.6 Versickerung von Niederschlagswasser

Das Niederschlagswasser von Dachflächen und sonstigen befestigten Flächen ist oberflächig und möglichst breitflächig zu versickern, z.B. in Versickerungsmulden oder -gräben. Die detaillierte Ausbildung der Versickerungsanlagen ist im Zuge der einzelnen Baugenehmigungen nachzuweisen.

10.7 Freiflächenplanung

Für alle größeren, den Charakter der Fläche verändernden Baumaßnahmen sind Freiflächengestaltungspläne zu erstellen, die den näheren Umgriff der Baumaßnahme darstellen und detaillierte Angaben zur Gestaltung der Flächen, Pflanzenauswahl und zu Pflanzqualitäten, Belägen und Gelände- und Höhenveränderungen enthalten.

11. Eisenbahn

11.1 Die gegebenen Vorfluverhältnisse für den in Bahn-km 47,686 angrenzenden Bahndurchlaß und der zugehörigen Entwässerungsgräben sind auch künftig sicherzustellen und zu gewährleisten.

11.2 Es dürfen keine Immissionen, wie z. B. starke Staubentwicklung auftreten, die den Schienenverkehr beeinträchtigen können.

11.3 Bebaute Anliegergrundstücke können längs der Bahnlinie mit einer lückenlosen Einfriedung versehen werden.

12. Wasserwirtschaft

Bei einer eventuellen Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer ist eine wasserrechtliche Erlaubnis beim Landratsamt Erding zu beantragen. Die Bauvorhaben sind entsprechend gegen Hang- und Schichtwasser zu schützen. Zu Oberflächengewässern ist mindestens ein Abstand von 5 Metern mit der Bebauung einzuhalten.

D. HINWEISE DURCH TEXT

1. Landwirtschaft

Die Bewirtschaftung in der Nähe befindlicher landwirtschaftlicher Nutzflächen oder landwirtschaftlicher Hofstellen, soweit diese nach ortsüblicher und guter fachlicher Praxis erfolgt, ist ohne Einschränkung zu dulden.

2. Bodendenkmäler

Nach Art.8 DSchG unterliegen Archäologische Bodenfunde, die bei den Baurbeiten zutage treten, der gesetzlichen Meldepflicht.

3. Brandschutz

Nach Absprache mit den Stadtwerken und der freiwilligen Feuerwehr Dorfen ist auf dem Gelände eine ausreichende Löschwasserversorgung zu gewährleisten.

4. Gehölz- und Grünbestand

Für Eingriffe in den bestehenden Wald kommen die Regelungen des Waldgesetzes für Bayern (BayWaldG) selbstständig neben der Eingriffsregelung zur Anwendung. (Rodungserlaubnis, forstlicher Ausgleichsbedarf, etc.)

Feldgehölze und Hecken unterliegen dem Bestandschutz nach Art. 13e, Bayerisches Naturschutzrecht.
Feuchtflächen unterliegen dem Bestandschutz gemäß Art.13d, Bayerisches Naturschutzrecht.
Die Biotopschutzbestimmungen kommen selbstständig neben der Eingriffsregelung zur Anwendung.
(Eingriffe in gesetzlich geschützte Biotope benötigen z.B. Befreiungen)

5. Bodenversiegelung

Die Bodenversiegelung ist auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes wurde vom Stadtrat Dorfen am 26.09.05 gefasst und am 05.09.06 ortsüblich bekanntgemacht (§2 Abs. 1 BauGB).

 Dorfen, den

 (Siegel) 1. Bürgermeister

2. Die öffentliche Unterrichtung der Bürger mit Erörterung zum Bebauungsplanvorentwurf in der Fassung vom 05.06.06 hat in der Zeit vom 27.06.06 bis 27.07.06 stattgefunden (§ 3 Abs. 1 BauGB).

 Dorfen, den

 (Siegel) 1. Bürgermeister

3. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange des Bebauungsplanvorentwurfes in der Fassung vom 13.06.07 hat in der Zeit vom 27.07.07 bis 27.08.07 stattgefunden (§ 4 Abs. 1 BauGB).

 Dorfen, den

 (Siegel) 1. Bürgermeister

4. Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanvorentwurfes in der Fassung vom 05.05.05, 13.06.06 hat in der Zeit vom 10.08.06 bis 11.09.06 stattgefunden (§ 3 Abs. 2 BauGB).

 Dorfen, den

 (Siegel) 1. Bürgermeister

5. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes in der Fassung vom 16.05.06 wurde vom Bauausschuß des Stadtrates Dorfen am 23.05.06 gefasst (§ 10 BauGB).

 Dorfen, den 26.07.2006

 (Siegel) 1. Bürgermeister

6. Ausfertigung:

 Dorfen, den 26.04.2005

 1. Bürgermeister

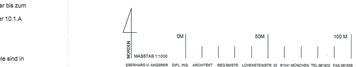
7. Die ortsübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes erfolgte am 28.04.05; dabei wurde auf die Rechtsfolgen der §§ 44 und 215 BauGB sowie auf die Einsichtsnahme des Bebauungsplanes hingewiesen. Mit der Bekanntmachung trat der Bebauungsplan in der Fassung vom 26.04.05 in Kraft (§ 10 BauGB).

 Dorfen, den 29.04.2005

 (Siegel) 1. Bürgermeister

Stadt Dorfen

Bebauungsplan Nr. 30
"Gewerbegebiet südlich der Bahnlinie"



EBERHARD V. ANGERER · DIPL.-ING. · ARCHITEKT · BEETHOVENSTR. 22 · 81925 MÜNCHEN · TEL.98 09 62 · FAX 98 98 88
LEA - KEMPTEN · LANDSCHAFTSARCHITEKTEN · SOLLA · DIESSEN · TEL. 08 02 62 94 80 · FAX 94 96 62